

Ersatzansprüche bei Personenschaden

Küppersbusch / Höher

13., neubearbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-73674-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse
Band 5

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ersatzansprüche bei Personenschäden

Eine praxisbezogene Anleitung

von

Dr. Gerhard Küppersbusch,

Rechtsanwalt in München

fortgeführt von

Heinz Otto Höher,

Rechtsanwalt in Köln

13., neubearbeitete Auflage 2020
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitierweise: Küppersbusch/Höher Ersatzansprüche Personenschaden Rn. ...



www.beck.de

ISBN 978 3 406 73674 2

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 13. Auflage

Der Küppersbusch/Höher ist seit vielen Auflagen maßgeblich geprägt von Rechtsanwalt Dr. Gerhard Küppersbusch, München und wird seit der 11. Auflage gemeinsam fortgeführt mit Rechtsanwalt Heinz Otto Höher, Köln, der nun diese 13. Auflage alleine verantwortet.

Die veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur zum Schadensersatz beim Personenschaden konnte bis Anfang Oktober 2019 berücksichtigt werden. Die beginnende Diskussion und Rechtsprechung zum Hinterbliebenengeld werden beschrieben. Auch die neuen Tendenzen zur Höhe des Schmerzensgeldes werden vorgestellt. Seit der im März 2016 erschienenen Vorauflage lässt sich zunehmend ein Wandel der Rechtsprechung verzeichnen bei der Bewertung des Haushaltsführungsschadens, weg von der rein fiktiven Bewertung nach Tabellen zu einer konkreten Berechnung im Einzelfall. Viel Diskussion gab es zur Anwendung des Familienprivilegs nach §§ 116 Abs. 6 SGB X und 86 Abs. 3 VVG. Die Regulierung von Personenschäden war in den letzten Jahren auch geprägt von Terroranschlägen, Amokfahrten und innerstädtischer Autoraserei. Rechtsprechung und Gesetzgebung haben sich hierauf bisher nicht eingestellt. Eine Neufassung des Opferentschädigungsgesetzes, das auf solche Sachverhalte angepasst wird, soll noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet werden.

Die Regulierung von Personenschäden ist komplex, da nicht nur der Haftungsgrund und die medizinischen Fragen aufzuklären sind, sondern auch die Verknüpfungen zum Sozialrecht hergestellt werden müssen. Dieses Handbuch stellt die relevanten Themen zum Personenschaden systematisch und kompakt dar und soll den hiermit befassten Personen einen praktischen und aktuellen Überblick verschaffen. Es orientiert sich vorrangig an der obergerichtlichen und höchstrichterlichen Rechtsprechung und ist damit eine Grundlage für eine faire und sachbezogene Auseinandersetzung zwischen den Parteien eines Personenschadens, die zu angemessenen Lösungen für die geschädigten Personen, die Regressgläubiger, die Schädiger und die Haftpflichtversicherer führt.

Für die viele Anregungen und Anmerkungen, die mich seit der 12. Auflage im Frühjahr 2016 erreicht haben, danke ich. Sie waren für die Neuauflage hilfreich.

Die Kapitalisierungstabellen im Anhang sind den derzeit aktuellen Sterbetafeln angepasst worden. Dank gilt hierfür Dipl. Mathematiker Volker Pahlkötter. Der Zinsrahmen wurde angepasst auf 2,5 bis 5 % und lässt damit ausreichenden Raum für angemessene Verhandlungen.

An dieser Neuauflage hat unterstützend mitgewirkt Rechtsanwältin Andrea Wieland, Köln. Ihr gebührt Dank für die Ausarbeitung des Abschnitts zum Hinterbliebenengeld, die Überprüfung der zahlreichen Tabellen mit Berechnungsbeispielen und Leistungsübersichten, die Aktualisierung der Fußnoten und viele Diskussionen zu den überarbeiteten Passagen.

Köln, im Oktober 2019

Heinz Otto Höher

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 13. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
I. Einleitung	1
II. Erwerbsschaden	17
III. Heilbehandlungskosten	75
IV. Vermehrte Bedürfnisse	89
V. Schmerzensgeld und Hinterbliebenengeld	99
VI. Schadensersatz wegen entgangenen Unterhalts	121
VII. Beerdigungskosten	161
VIII. Schadensersatz wegen entgangener Dienste, § 845 BGB	165
IX. Ausländer	167
X. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	173
XI. Haftungsausschluss bei Arbeits- oder Dienstunfall	181
XII. Regress des Sozialversicherungsträgers	209
XIII. Weitere Legalzessionen	253
XIV. Regress von Rentenversicherungsbeiträgen nach § 119 SGB X	271
XV. Verjährung	279
XVI. Vergleich	295
XVII. Kapitalabfindung	305
Anhang	315
Kapitalisierungstabellen	317
Anwaltsgebühren nach § 13 RVG	379
Stichwortverzeichnis	383

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	1
1. Anspruchsgrundlagen	1
2. Kausalität (Zurechnungszusammenhang)	1
a) Adäquanz	1
b) Zurechnungs- oder Rechtswidrigkeitszusammenhang	2
c) Allgemeines und berufliches Lebensrisiko	2
d) Mitverursachung durch Verletzten	3
e) Zweitschädiger	4
f) Psychische Überlagerung nachgewiesener Primärverletzungen	4
g) Psychisch vermittelte Gesundheitsschäden als Primärverletzung	6
h) Hypothetische Schadenursachen (überholende Kausalität)	8
i) Vorschädigungen	8
j) Ursachenketten	8
3. Höhe des Vermögensschadens	9
4. Schadenarten	9
5. Beweislast, Beweiserleichterungen	10
6. Schadenminderungspflicht	13
7. Legalzessionen und Vorteilsausgleich	13
a) Leistungen aufgrund individueller oder kollektiver Schadenvorsorge	14
b) Sonstige Leistungen Dritter mit Fürsorge- und Versorgungscharakter	15
c) Ersparte Aufwendungen	15
d) Stamm und Erträge einer Erbschaft	15
II. Erwerbsschaden	17
1. Ersatzpflichtige Erwerbsschäden	17
a) Voller Ersatz:	17
b) Problematischer Ersatz:	19
c) Kein Ersatz:	21
2. Beweislast, Beweiserleichterung	22
3. Schadenminderungspflicht	25
4. Berufswchsel und Umschulung	28
a) Minderverdienst	28
b) Umschulung	28
c) Berufsfördernde Maßnahmen	30
d) Risiken einer neuen Erwerbstätigkeit	30
5. Vorteilsausgleich	31
a) Ersparte berufsbedingte Aufwendungen	31
b) Steuerersparnisse	32
c) Leistungen des Arbeitgebers	32
d) Leistungen Dritter aufgrund persönlicher oder kollektiver Schadenvorsorge	33
e) Freigiebige Leistungen Dritter	34
f) Haushaltsführung	34
6. Brutto- oder Nettolohn	34
a) Entgeltfortzahlung	36
b) Erwerbsschaden eines sozialversicherten Arbeitnehmers	36
c) Kein Erhalt von Sozialleistungen, insbesondere Erwerbsschaden eines Selbstständigen	37
d) Quotierung des Schadensersatzes wegen Mithaftung	37
7. Regress des Arbeitgebers wegen Entgeltfortzahlung	37
8. Sozialversicherungsbeiträge	43
a) Erhalt von Lohnersatzleistungen	44
b) Krankenversicherungsbeiträge, insbesondere des Rentners	44

9. Steuern	44
a) Einkommensteuer	46
b) Kirchensteuer	47
c) Umsatzsteuer	48
d) Gewerbesteuer	48
10. Selbstständige	48
a) Gewinn aus konkret entgangenen Geschäften	50
b) Kosten einer eingestellten Ersatzkraft	50
c) Gewinnminderung	51
d) Schadenminderungspflicht	52
e) Vorteilsausgleich	52
11. Gesellschafter	53
12. „Erwerbsschaden“ des Arbeitslosen	55
13. Kinder, Auszubildende, Schüler, Studenten	56
a) Verzögerte Berufsausbildung, verspäteter Eintritt in das Erwerbsleben	56
b) Minderverdienst/Änderung des Berufsziels	57
c) Vorteilsausgleich und Schadenberechnung	58
d) Berücksichtigung von Reserveursachen	59
e) Ausbildungskosten	59
14. Haushaltsführung	59
a) Keine Einstellung einer Ersatzkraft	63
b) Tatsächliche Einstellung einer Haushaltshilfe	70
c) Dauer und Höhe einer Rente	71
d) Schadenminderungspflicht	71
e) Legalzession	71
15. Kein Schadensersatz wegen „Nutzungsausfall“ infolge einer Körperverletzung	72
a) Beeinträchtigte Nutzungsmöglichkeit von Vermögenswerten	72
b) Freizeiteinbuße	72
c) Urlaubsbeeinträchtigung	73
d) „Frustrierte“ Aufwendungen	73
16. Einfluss psychischer Schäden auf den Erwerbsschaden	73
III. Heilbehandlungskosten	75
1. Konkrete, erforderliche Heilbehandlungskosten	75
2. Mehrkosten privatärztlicher Behandlung	77
3. Heilbehandlung im Ausland	78
4. Kosmetische Operation	78
5. Nebenkosten bei stationärer Behandlung	78
a) Besuchskosten	78
b) Nebenkosten im Krankenhaus	81
6. Ersparte Verpflegungskosten	81
7. Schadenminderungspflicht	84
8. Legalzessionen	84
9. Diagnoseorientierte Fallpauschale	85
10. Eigenbeteiligungen des Sozialversicherten	85
a) Krankenhausbehandlung	85
b) Arznei- und Verbandmittel	85
c) Heilmittel	86
d) Stationäre Rehabilitation	86
e) Ambulante Behandlung	86
f) Grundsätzlich keine Erstattung durch die gesetzliche Krankenkasse:	86
11. Kostenerstattungsverfahren nach § 13 SGB V	86
IV. Vermehrte Bedürfnisse	89
1. Ersatzpflichtige Kosten	90
2. Pflegekosten	92
3. Behindertengerechter Wohnbedarf	96
4. Stationäre Behandlung	97
5. Legalzession	98

V. Schmerzensgeld und Hinterbliebenengeld	99
1. Allgemeines	99
2. Kriterien für die Bemessung des Schmerzensgeldes	100
3. Ermessensspielraum, Schmerzensgeldtabellen	104
4. Mithaftung des Verletzten	105
5. Sonderfälle	106
a) Bagatellverletzungen	106
b) Schwerste Beeinträchtigung der geistigen Persönlichkeit des Verletzten	107
c) Kurze Überlebenszeit	108
d) Schlechte körperliche Konstitution des Verletzten	109
e) Alter des Verletzten	109
f) Tod der Leibesfrucht	109
g) Höhe des Ausgleichsanspruchs nach § 338 Abs. 3 ZGB (DDR-Recht)	110
h) Schmerzensgeld für Neurosen	110
6. Schmerzensgeldrente	110
7. Teilschmerzensgeld und offene Schmerzensgeldteilklage	112
8. „Schockschaden“	113
9. Hinterbliebenengeld	114
10. Prozessuales	117
VI. Schadensersatz wegen entgangenen Unterhalts	121
1. Barunterhalt bei Tod des „Alleinverdiener“	123
a) Nettoeinkommen des Getöteten	124
b) Abzug fixer Kosten	128
c) Anteil der Hinterbliebenen am verteilbaren Nettoeinkommen	131
d) „Arbeitspflicht“ des Hinterbliebenen	134
2. Naturalunterhalt (Wegfall der Haushaltsführung)	136
a) Keine Einstellung einer Ersatzkraft, aber Aufrechterhaltung des Familienverbandes	138
b) Einstellung einer bezahlten Ersatzkraft	140
c) Einschaltung von Verwandten	141
d) Auswärtige Unterbringung der Waise	141
e) Aufteilung des Schadensersatzes auf die einzelnen Hinterbliebenen	142
f) Schadensminderungspflicht	142
g) Vorteilsausgleich	142
h) „Anrechnung“ von Einkünften der Waise	143
i) Steuerliche Nachteile des Hinterbliebenen	143
j) Laufzeit und Abstufung des Schadensersatzes	143
k) Übergang auf leistende Dritte	144
3. Erwerbstätigkeit beider Ehegatten	144
a) Barunterhalt	145
b) Naturalunterhalt (Haushaltsführung)	145
c) Wegfall der Barunterhaltspflicht des hinterbliebenen Ehegatten	146
d) Überobligatorische Tätigkeit	146
e) Berechnungsbeispiele (auf volle EURO gerundet)	147
4. Tod eines unterhaltspflichtigen Kindes oder sonstiger unterhaltspflichtiger Verwandter	151
5. Vorteilsausgleich	152
a) Unterhaltsleistungen Dritter	152
b) Sonstige Leistungen Dritter	153
c) Erbschaft	153
d) Zahlungen privater Versicherer	154
e) Arbeitsaufnahme nach dem Tod	155
f) Ersparter Unterhalt aus eigenen Einkünften des hinterbliebenen Ehegatten	155
g) Nichteheliche Lebensgemeinschaft	155
h) Kindergeld	155
i) Ausbildungsvergütung	156
j) BAföG	156
k) Adoption	156

6. Steuerfragen	156
7. Rentnerkrankenversicherung	156
8. Forderungsübergang auf leistende Dritte	157
a) Sachliche und zeitliche Kongruenz	157
b) Getrennte Ansprüche der Hinterbliebenen	157
c) Vorrecht gegenüber dem Rentenversicherungsträger bei Tod eines Rentners ..	157
d) Regress des Rentenversicherungsträgers bei Vorrecht des Hinterbliebenen für die Anrechnung des ersparten Unterhalts aus eigenem Einkommen in Fällen der Mithaftung	158
VII. Beerdigungskosten	161
VIII. Schadensersatz wegen entgangener Dienste, § 845 BGB	165
IX. Ausländer	167
1. Verdienstausfall und Schmerzensgeld	167
2. Todesfall	168
3. Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung	170
4. Leistungen von Sozialversicherungsträgern und sonstigen Dritten	170
a) Deutsche SVT	170
b) Ausländische SVT	170
c) Gutglaußenschutz des Haftpflichtversicherers?	171
d) Leistungen sonstiger Dritter	171
e) Anrechnung von Leistungen Dritter bei fehlendem Übergang?	172
5. Laufzeit des Schadensersatzes	172
X. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	173
1. Alkohol, Übermüdung	173
2. Schutzhelm	175
3. Sicherheitsgurt	176
XI. Haftungsausschluss bei Arbeits- oder Dienstunfall	181
1. Übersicht §§ 104 ff. SGB VII	182
2. Arbeitsunfall des Geschädigten	183
3. Betriebliche Tätigkeit des Schädigers	185
a) Schädiger ist Betriebsangehöriger des Betriebs, über den der Arbeitsunfall versichert ist	186
b) Schädiger ist nicht Betriebsangehöriger	186
c) Hilfeleistung bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr	188
d) Pannenhilfe	188
e) Straßenverkehrsunfälle	189
4. Versicherungsschutz des Geschädigten in demselben Betrieb	191
5. Entsperrung der Haftung bei Vorsatz und Wegeunfällen	192
6. Haftungsprivileg nach § 106 Abs. 3 SGB VII, insbesondere gemeinsame Betriebsstätte	194
a) Versicherte mehrerer Unternehmen	195
b) Betriebliche Tätigkeit des Schädigers	195
c) Gemeinsame Betriebsstätte	195
7. Prozessuale	199
8. Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	201
9. Regress des Sozialversicherungsträgers bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit (§ 110 SGB VII)	201
10. Haftungsausschluss bei Unfällen von Beamten und Soldaten	205
XII. Regress des Sozialversicherungsträgers	209
1. Einleitung	209
2. Leistungen des SVT „auf Grund des Schadensereignisses“	210
3. Schadensersatzanspruch	213
4. Zeitpunkt des Rechtsübergangs	214
5. Kongruenz	217
a) Sachliche Kongruenz	217
b) Zeitliche Kongruenz	223
c) Zusätzliche Einschränkungen nach Sinn und Zweck	223

6. Regress des RVT wegen der Trägerbeiträge zur Rentner-Krankenversicherung (KVdR)	224
a) Keine volle Übergangsfähigkeit von Renten	224
b) Tod einer nicht erwerbstätigen Mutter (Haushaltsführung)	225
c) Tod eines Elternteils bei Erwerbstätigkeit beider Eltern	225
d) Erwerbstätigkeit des hinterbliebenen Ehegatten	226
7. Regress von Beiträgen bei Lohnersatzleistungen	226
a) Beiträge zur Rentenversicherung	227
b) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	228
c) Beiträge zur Krankenversicherung	228
d) Beiträge zur Pflegeversicherung	229
8. Pauschierung ambulanter Heilbehandlungskosten	230
9. Kein Regress gegen in häuslicher Gemeinschaft lebende Familienangehörige („Familienprivileg“)	231
10. Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	236
11. Mithaftung des Versicherten	236
a) Grundsatz „relative Theorie“	237
b) § 116 Abs. 3 S. 3 SGB X	237
c) § 116 Abs. 5 SGB X, Quotenvorrecht des Geschädigten, wenn der SVT aufgrund des Schadensereignisses keine höheren Sozialleistungen zu erbringen hat	238
d) Besonderheiten bei der Anrechnung ersparten Barunterhalts	238
12. Rangverhältnis zwischen mehreren Zessionären	238
a) Sozialversicherungsträger/Sozialhilfeträger/Bundesagentur für Arbeit/Bund	238
b) SVT und öffentlicher Dienstherr	240
c) SVT – Arbeitgeber – privater Schadenversicherer	240
13. Wechsel des SVT	241
14. Regress der Pflegekasse	241
a) Versicherungspflichtige Personen (§§ 20 ff. SGB XI)	242
b) Beiträge (§§ 54 ff. SGB XI)	243
c) Leistungen der Pflegekasse	243
d) Regress der Pflegekasse	247
e) Vergleiche über vermehrte Bedürfnisse vor In-Kraft-Treten des SGB XI am 1.1.1995	249
f) Verjährung	251
g) Teilungsabkommen	252
XIII. Weitere Legalzessionen	253
1. Regress der Bundesagentur für Arbeit (BA)	253
a) Arbeitslosengeld I (§§ 117 ff. SGB III)	253
b) Arbeitslosengeld („ALG“) II und sonstige Leistungen nach dem SGB II	253
c) Rehabilitationsleistungen (§§ 217 ff., 236 ff. SGB III)	254
2. Regress des Sozialhilfeträgers (SHT) für Leistungen nach dem SGB XII	254
a) Zeitpunkt des Übergangs	255
b) Gutgläubensschutz des regulierenden Haftpflichtversicherers	257
c) Verjährung	257
d) Schadenquotierung bei Mithaftung	258
e) Kein Familienprivileg	259
f) Regress für Leistungen zur Grundsicherung (SGB XII)	259
3. Regress des Dienstherrn	260
a) Fortzahlung von Dienstbezügen	262
b) Beihilfe zu den unfallbedingten Heilbehandlungskosten	263
c) Ruhegehalt nach vorzeitiger Pensionierung	263
d) Quotenvorrecht des Beamten	264
e) Steuerfragen	265
4. Regress des Bundes	267
5. Regress des privaten Schadenversicherers nach § 86 VVG	269

XIV. Regress von Rentenversicherungsbeiträgen nach § 119 SGB X	271
1. Historische Entwicklung	272
2. Rentenversicherungspflicht des Verletzten	273
3. Ausfall von Pflichtversicherungsbeiträgen	274
4. Leistungsfreiheit des KH-Versicherers	275
5. Kein Familienprivileg nach § 116 Abs. 6 SGB X	275
6. Verjährung	275
7. Verstoß gegen die Schadensminderungspflicht	275
8. Befriedigungsvorrecht des Rentenversicherungsträgers gem. § 116 Abs. 4 SGB X bei Überschreitung der Versicherungssumme	276
9. Höhe	276
10. Konkurrenz des § 119 SGB X zum Übergang eines Beitragsanspruchs nach §§ 6 EFZG, 116 SGB X, 179 Abs. 1a SGB VI	276
XV. Verjährung	279
1. Verjährungsfristen	279
a) Regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre (§ 195 BGB)	279
b) 30-jährige Verjährungsfrist aufgrund eines Feststellungsurteils	281
c) Vertragliche Verlängerung der Verjährungsfrist	281
d) Verjährungsfrist nach einem Schuldnerkenntnis	281
2. Beginn der Verjährungsfrist	282
a) Kenntnis der Person des Schädigers	282
b) Kenntnis vom Schaden	282
c) Kenntnis des „Verletzten“ bei Rechtsnachfolge	283
d) Unterschiedlicher Verjährungsbeginn bei einheitlichem Schadenereignis	285
e) Zurechnung der Kenntnis eines Dritten	285
3. Neubeginn der Verjährung durch Anerkenntnis	285
4. Hemmung	286
a) Wirkung der Hemmung	286
b) Hemmung der Ansprüche nach § 115 Abs. 2 S. 3 VVG gegen den Krafthaftpflichtversicherer	286
c) Schwebende Verhandlungen (§ 203 BGB)	289
d) Hemmung durch Rechtsverfolgung (§ 204 BGB)	290
e) Hemmung aus familiären Gründen (§ 207 BGB)	291
5. Verzicht auf die Einrede der Verjährung	291
a) Verzicht auf die Einrede der Verjährung nach altem Recht	292
b) Verzicht durch vertragliche „Ersetzung“ eines rechtskräftigen Feststellungsurteils	293
c) Sicherung des Anspruchs durch Klageerhebung	293
6. Vorbehalt in der Abfindungserklärung	294
XVI. Vergleich	295
1. Allgemeines	295
2. Abfindungsvergleich	296
3. Wirkung gegenüber Rechtsnachfolgern	298
4. Unwirksamkeit – Anpassung	299
a) § 779 BGB	299
b) § 242 BGB, Fehlen der Geschäftsgrundlage	299
c) Erhebliche Äquivalenzstörungen, insbesondere unvorhergesehene Spätschäden und Nichtigkeit nach § 138 BGB	300
d) Rentenvergleich	301
e) Gerichtlicher Vergleich	302
XVII. Kapitalabfindung	305
1. Laufzeit der Schadensersatzrente	306
a) Vermehrte Bedürfnisse	306
b) Erwerbsschaden und Haushaltsführungsschaden	307
c) Entgangener Unterhalt	308
d) Schmerzensgeldrente	309
2. Zinsfuß/Kapitalisierungsfaktor	310
3. Zahlungsweise	311

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
4. Zukünftige Änderungen der Rentenhöhe	311
a) Individuelle Entwicklung	311
b) Allgemeine Einkommens- und Rentensteigerungen	312
5. Zur Anwendung der Kapitalisierungstabellen	313
a) Begriffe	313
b) Berechnungsbeispiele	313
Anhang	315
Kapitalisierungstabellen und Anwaltsgebühren nach RVG	315
Vorbemerkung	315
Kapitalisierungstabellen	317
I. Leibrenten	317
II. Verbindungsrenten	331
III. Leibrenten Waisen	341
IV. Sterbetafeln (Männer/Frauen)	351
V. Zeitrente	355
VI. Abzinsungsfaktoren	357
VII. Durchschnittliche Lebenserwartung in Ländern der EU	358
Anwaltsgebühren nach § 13 RVG	379
Stichwortverzeichnis	383

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG